Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 3 (1962)

Heft: 47

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Zentral ist hierbei der Gedanke der Rentabilität, der gegenüber dem bisherigen Gedanken von Soll und Uebersoll in der Produktion den Vorrang erhält.

Wie ist es denn jetzt? Jeder Betrieb hat seinen Produktionsplan, den er erfüllen und, wenn möglich, übererfüllen muss. Davon sind seine Prämien abhängig und die Prämienverteilung an die Belegschaft. So ist der Produzent zunächst einmal daran interessiert, einen möglichst erfüllbaren, dass heisst niedrigen Plan zu erhalten, der unter der Produktionskapazität seines Betriebes liegt. Dann ist er daran interessiert, zur Erfüllung seiner Lieferverpflichtung alles andere hintanzusetzen: die Entwicklung neuer Produkte und neuer Produktionsmethoden (oder höchstens zur Erfüllung des ebenfalls bestehenden diesbezüglichen Planes ohne Rücksicht auf das ganze), die Qualität der Erzeugnisse (die diesbezüglichen Vorschriften sind schwerer kontrollierbar), die Ausnützung der Arbeitskräfte (Ueberstunden statt Organisation), die Koordination mit andern Branchen (etwa bei Halbfabrikaten), die besonderen Bedürfnisse (möglichst wenig Sortimente und ja keine Spezialanfertigung), die Gestehungskosten. Kurz, der Produzent ist daran interessiert, möglichst wenig herstellen zu müssen, und das, was er muss, um jeden Preis herzustellen.

Hier soll nun Remedur geschaffen werden. Im Mittelpunkt steht dann nicht die Planerfüllung, sondern der Gewinn. Das Unternehmen wäre weniger an Soll und Uebersoll interessiert, sondern mehr an der Ausnützung seiner Kapazität. Er würde weniger darauf bedacht sein, einen Befehl zu erfüllen, sondern einen Profit zu erzielen. Er wäre nicht mehr an einem niedern, sondern an einem hohen Plan interessiert, nicht allein an einen funktionierenden, sondern an einen rationellen Betrieb.

Nun ist es nicht so, dass gegenwärtig die Planwirtschaft nur den quantitativen Ausstoss betrifft. Vielmehr bestehen eine Unzahl Vorschriften (Normen), welche Arbeitszeit, Leistung, Warenqualität, Sortimente usw. betreffen. Alles ist sogar reglementiert. Aber diese von oben her festgelegte Detailplanung erschwert gerade die sinngemässe Koordination auf der untersten Ebene, wo dann nicht mehr das Gedeihen des Betriebes erstrebt wird, sondern nur noch die Erfüllung der Anweisungen.

Damit der Rentabilitätsgedanke durchdringt, muss er weitgehende Befreiung von sturen Planvorschriften für den einzelnen Produzenten bringen, einen grösseren «materiellen Anreiz» und eine grössere Kompetenz. Und in dieser Richtung bewegen sich auch die Vorschläge der «neuen Linie».

Bedeutet das die Einführung freiwirtschaftlicher «kapitalistischer» Prinzipien?

... auch für den Staat

Nur bedingt. Partei und Staat denken keineswegs daran, ihre Lenkung der gesamten Wirtschaft aufzugeben. Im Gegenteil. Die Richtlinien für Produktion, Verteilung und Konsum (Festlegung der Markt- und Bevölkerungsbedürfnisse) bleiben weiterhin Sache der zentralen Planungsbehörden, ebenso wie Grossinvestitionen und Normen für Preise, Löhne usw.

Die Kontroll- und Koordinationsbefugnisse der Planungsbehörden — so ist es durchwegs vorgesehen — wachsen parallel zu den «privatwirtschaftlichen» Impulsen der Produktion. Auf der Ebene der Volkswirtschaftsräte (deren es in der Sowjetunion 103 gibt) würde zum Beispiel für die Industrieproduktion (für andere Branchen bestehen andere Einteilungen) die Entwicklung der einzelnen Unternehmen gemäss den Anordnungen Moskaus aufeinander abgestimmt. Der Produzent legt gemäss den Richtlinien und den nach wie vor bestehenden Erzeugungsanweisungen seine ehrgeizigeren, weil profitären Pläne, dem Volkswirtschaftsrat vor, der sie so koordiniert und korrigiert, dass er seinen eigenen Plan erfüllt oder überfüllt. Aehnliches würde auch auf andern Stufen der Planungshierarchie geschehen.

Der Unterschied zu vorher würde vor allem darin bestehen, dass der Leistungswille von unten dem Befehl von oben in erhöhtem Masse entgegenkäme. Ein Interessenkonflikt wird also nicht stattfinden — sagt Professor Liebermann.

Die wichtigsten Vorschläge

der gegenwärtigen Planungsdiskussion sind um das skizzierte Thema gruppiert oder ergänzen es. Aus der Darstellung Liebermanns, die man als repräsentativ für die ganze Bewegung bezeichnen kann, lassen sich sechs Hauptpunkte unterscheiden, welche der geforderten Planungsreform als Gerüst dienen würden.

Mit ihnen werden wir uns in einer Fortsetzung befassen.

Der Planapparat

Die Planung umfasst in der Sowjetunion jeden Aspekt von Wirtschafts-, Sozial- und Kulturleben. Sie stellt infolgedessen ein ganzes System von Staats- und Wirtschaftsorganen dar.

An der Spitze stehen (seit der letzten Reorganisation 1959) die Staatliche Kommission des Ministerrates der UdSSR zur laufenden Planung der Volkswirtschaft (Gosekonomkommissija) und der Staatliche Wirtschaftswissenschaftliche Sowjet des Unionsministerrates. Diese zweite Behörde ist damit beauftragt, die Perspektivpläne auszuarbeiten, die Gesetzmässigkeit des Uebergangs zum Kommunismus zu studieren und die Erfahrungen des Wirtschaftslebens auszuwerten.

Dann wird die Planung weiter gegliedert:

1. Allgemeine Planung: Planungskommissionen der einzelnen Unionsrepubliken (15), der Autonomen Republiken (17), der Grenzgebiete und Gebiete (6 und 125), der Volkswirtschaftsräte (103 — eine Unterteilung nach wirtschaftlichen Kriterien), der Bezirke (4340) und Städte (491).

2. Branchenplanung: Planabteilungen in den Ministerien der UdSSR, der sowjetischen Zentralstellen und Hauptverwaltungen (mehrere Hunderte); die entsprechenden Planabteilungen auf der der Stufe der Unionsrepubliken (rund Tausend); Planungsabteilungen der Gebietsorganisationen, die den Ministerien verschiedener Stufe unterstellt sind, dann die Planungsabteilung und Planungsgruppe der Betriebe (ca. 200 000).

3. Statistik: Zentrale Statistische Verwaltung beim Unionsministerrat, entsprechende Stellen bei den Republiken, Gebieten und Grenzgebieten, Bezirks- und Stadtinspektorate der Zentralen Statistischen Verwaltung.

Planung und Statistik beschäftigten schon 1959 rund 1,6 Millionen Personen. Die Belastung der Wirtschaft durch diesen Apparat ergibt sich aus einem von Chruschtschew selbst angeführten Beispiel: Eine Maschinenfabrik in Rjasan erhielt allein vom übergeordneten Ministerium (von andern Instanzen ganz zu schweigen) in einem Jahr 2580 detaillierte Anordnungen. Die Fabrikdirektion hatte im gleichen Jahr 10 250 Berichte und Schriftstücke an übergeordnete Stellen zu senden.

Gegenwärtig laufen in der UdSSR der Siebenjahresplan 1959 bis 1965, ein Perspektivplan (Richtlinien ohne bestimmte Ziffern) 1960 bis 1980 (Parteiprogramm von 1961), der Generalplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft, Sonderpläne für einzelne Branchen.

Für die Wirtschaftsverwaltungseinheiten der unteren Ebenen und die einzelnen Unternehmen bestehen: Zwanzigjahrespläne, Fünfjahrespläne, Jahrespläne und Quartalspläne. Letztere werden von den Betrieben selbst ausgearbeitet und dann genehmigt. Dazu kommt noch eine «ununterbrochene», das heisst laufende Planung als Verbindung der kurz- und langfristigen Planung.

Wirtschaft

Polen

Das Experiment beginnt

Mit ausgesuchten polnischen Betrieben wird demnächst ein revolutionäres Experiment begonnen, bei dem ihnen, laut «Glos Pracy», «völlige Handlungsfreiheit, Raum für eigene Initiative und trotzdem alle materielle und finanzielle Unterstützung durch den Staat» gewährt werden wird.

Das erste Experiment, das den Betriebsleitern ihre Handlungsfreiheit wiedergibt, bleibt auf 34 Betriebe beschränkt. Bei allen handelt es sich um Exportbetriebe, «deren man sicher sein kann, deren Produktion bereits exportiert wird und die sich im Ausland einer gewissen Popularität erfreuen».

Dass diesem Experiment der offizielle Segen erteilt wurde, ist die unmittelbare Folge einer lebhaften Debatte in polnischen Wirtschaftskreisen, die sich mit den Misserfolgen der klassischen kommunistischen Wirtschaft beschäftigt im Anschluss an die grosse sowjetische Diskussion.

Die Tatsache, dass die Ansichten Professor Liebermanns von offizieller sowjetischer Seite Unterstützung finden, bedeutet für die polnischen Wirtschaftskreise, die schon lange mit ähnlichen Gedanken umgehen, das Startzeichen.

Das Experiment mit den 34 Betrieben, das am 1. April des kommenden Jahres beginnen soll, ist der erste positive Schritt in der neuen Richtung.

Die Betriebe werden in Zukunft nur noch nach einem Gesichtspunkt arbeiten und beurteilt werden, nämlich nach dem Wert der verkauften Waren, der nach der Summe der Exportzloty berechnet wird. Auch untersteht die Zahl der Beschäftigten und der Lohnfonds keinerlei Begrenzung mehr. Man will ihnen den Einkauf von

Rohstoffen erleichtern und zusätzliche Anreize in Form von erhöhten Bonussen gewähren.

«Unser Export verlangte schon lange eine grössere Flexibilität in der Planung», bemerkte die Warschauer Zeitung. «Es ist nur allzu gut bekannt, dass wir viele Gelegenheiten verpassten, weil es nicht möglich war, unsere Produktion kurzfristig umzustellen oder zu erweitern.»

In Zukunft gilt nur die Höhe des Verkaufserlöses («wahrscheinlich eine Neuerung in unserem Produktionssystem», sagte «Glos Pracy» dazu), und wer den Verkaufsplan nicht erfüllt, muss mit empfindlichen Strafen rechnen.

Für jedes Prozent, um das der Plan nicht erfüllt wird, werden zehn Prozent des Prämienfonds gestrichen und wenn es dem Betrieb nicht gelingt, wenigstens 95 Prozent des Verkaufsplans zu erfüllen, fallen die Prämien überhaupt weg.

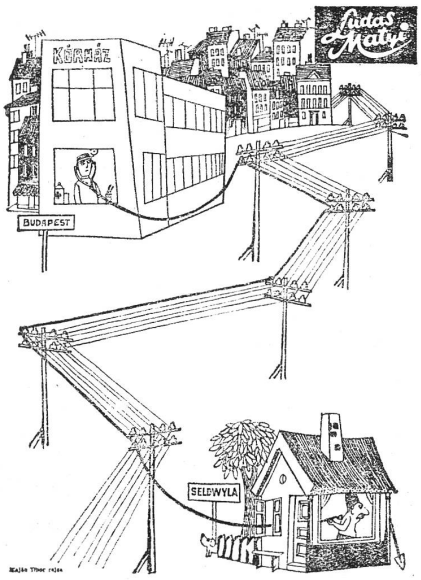
Erst vor kurzem hatte die Tschechoslowakei die Revision ihres Fünfjahresplanes (1961/65) beschlossen, da die Misserfolge des ersten Planjahres eine Erfüllung in Frage gestellt haben. Wie nun die dem Ersten Parteisekretär W. Gomulka nahestehende Wochenzeitung «Polityka» mitteilt, befasst man sich auch in Polen mit dem gleichen Gedanken. «Aus der Analyse nur einiger Indexzahlen der Wirtschaftsentwicklung des Landes geht hervor — schreibt das Wochenblatt —, dass wir es mit einer besonderen Verflechtung von Schwierigkeiten objektiver und subjektiver Natur zu tun haben. Es untersteht keinem Zweifel, dass die Tätigkeit der leitenden Regierungs- und Wirtschaftsinstanzen in der allernächsten Zeit durch diese Faktoren determiniert sind. Es wird die Notwendigkeit entstehen, viele Indexzahlen sowohl der operativen als auch der mehrjährigen Pläne zu revidieren, darunter jene der Beschäftigungs-, Investitions- und Aussenhandelspläne.»

Medizin

Gegen Privatpraxis

In Polen steht ein Gesetz «Ueber den Arztberuf» vor der Annahme, das die Führung einer Privatpraxis nur noch als Freizeitbeschäftigung zulässt. Damit wird die Angleichung an die Situation der «fortschrittlichen» kommunistischen Staaten, wie UdSSR und CSSR, wo Privatkonsultationen bis auf Ausnahmefälle abgeschafft sind, um einen weiteren Schritt weitergeführt. Bisher war in Polen jedem Arzt grundsätzlich die Führung einer Privatpraxis erlaubt, der mindestens sieben Stunden im Tag für den öffentlichen Gesundheitsdienst arbeitet. Nun hat er sein ganzes normales Pensum in den staatlichen Organisationseinheiten zu erledigen. Selbst die Arbeit innerhalb der Aerztegenossenschaft gilt als Privatordination.

Artikel 36 der erwähnten Gesetzesvorlage beschäftigt sich auch mit andern Problemen der Privatpraxis. So ist es jedem Arzt verboten, einem Patienten seines Bezirkes in seiner Privatordination unentgeltliche Hilfe zu leisten, ausser es handle sich um nachweisbare Notfälle (aus den Erläuterungen zur Begründung des Textes scheint hervorzugehen, dass nur Todesgefahr als Notfall betrachtet wird). Diese Regelung soll weniger den Arzt schützen, als den inoffiziellen Privatkonsultationen mit Zahlung unter der Hand einen Riegel schieben. In Polen wie auch etwa in Ungarn verschweigen Patienten oft dem Arzt ihre Versicherung oder Krankenkasse, um privat — und somit ihrer Ansicht nach besser — behandelt zu werden. Das Vertrauen in den staatlichen Gesundheitsdienst ist demnach immer noch gering. Polen will es dadurch heben, dass es jeden andern Gesundheitsdienst allmählich absterben lässt, bis sämtliche Aerzte vollumfängliche Gesundheitsfunktionäre geworden sind.



Die Erfindung eines jungen Arztes

In den meisten kommunistischen Staaten besteht ein ausgesprochener Widerwille der Aerzte zum Dienst auf dem Lande. Grund ist nicht nur der grössere Stadtkomfort, sondern auch die Möglichkeit, in urbanen Verhältnissen ein zusätzliches Honorar bei Abendkonsultationen zu verdienen. Unsere ungarische Karikatur nimmt auf diesen Sonderfall der Landflucht Bezug.

Landwirtschaft

CSSR

Schluss mit Kolchosmarkt

Die Tschechoslowakei hat den freien Kolchosmarkt für Ueberschussproduktion der Bauern abgeschafft und damit die extremste Lösung in Richtung auf den Kommunismus gewählt, die in der Sowjetunion vor einem Jahr bereits wieder rückgängig gemacht wurde.

Der «Agrarmarkt», wie er in der CSSR genannt wird (er entspricht dem Kolchosmarkt oder Dorfmarkt in der Sowjetunion) stellt den Direktverkauf vom Bauern zum Konsumenten auf dem Land (und in mittleren Städten) dar. Es handelt sich um die Ueberschussproduktionen, welche den Kollektivbauern nach ihrer obligatorischen Warenablieferung an den Staat verbleiben. Die konnte er bisher nach seinem Gutdünken verkaufen, betreffe es Erträgnisse aus dem kollektiv bebauten Teil der LPG oder die Erzeugnisse der Nebenwirtschaft, der kleinen Hofparzellen, die dem Kolchosbauern zum privaten Anbau überlassen ist. Der Kolchosmarkt bildet die wichtigste Versorgungsquelle der ländlichen und kleinstädtischen Bevölkerung in bezug auf Obst, Gemüse, Eiern und eine notwendige Einkaufsmöglichkeit für Milch und Milchprodukte.

Um diese privatwirtschaftliche Grundlage, auf welche die Bauern ihr Hauptinteresse konzentrieren, abzuschaffen, hat Prag die staatliche Uebernahme (zu festen, das heisst kleineren Preisen) der gesamten Ueberschussproduktion angeordnet, ausdrücklich auch bezüglich der Nebenwirtschaften. Gleichzeitig werden die Agrarmärkte aufgehoben.

Die unpopuläre Massnahmen wurde offensichtlich ergriffen, um den staatlichen Ankaufsplan an landwirtschaftlichen Erzeugnissen einigermassen erfüllen zu können. Die Bereitwilligkeit der Bauern zur Pflege von Obst- und Gemüsekulturen wird dadurch natürlich nicht erhöht.

Wie sehr Prag um die zu erwartenden Widerstände weiss, beweist die Publikationsform seiner Verfügung. Sie erschien als Communiqué des Zentralamtes für den Ankauf landwirtschaftlicher Produkte in der «Uj Szo» von Pressburg, der Zeitung der ungarischen Minderheit in der CSSR. Weder das zentrale Parteiorgan «Rude Pravo» noch das tschechoslowakische Amtsblatt («Sbirka Zakoce», CSSR) veröffentlichten den Text, der schliesslich für das gesamte Staatsgebiet verbindlich ist. Man stelle sich eine eidgenössische Verordnung vor, die nur in der rätoromanischen Presse veröffentlicht würde!

Der gewählte Weg der Bekanntmachung lässt erkennen, das das Regime wohl eine Handhabe gegen den Kolchosmarkt für beliebiges Eingreifen bereit halten will, mit der praktischen und allgemeinen Einführung der Massnahme aber lieber zuwartet, um die Versorgungsschwierigkeiten nicht noch akuter werden zu lassen.

Nowotny mag durch die Erfahrungen der Sowjetunion zur Vorsicht geneigt haben. Im März 1961 wurde dort durch die fast vollständige Ablieferungspflicht an genossenschaftliche oder staatliche Einkaufsorganisationen der Kolchosmarkt praktisch abgeschafft, was als Schritt auf dem Wege zum Erstarken des «sozialistischen Sektors» gefeiert wurde. Aber bereits am Parteikongress im Herbst des gleichen Jahres musste Chruschtschew den Fehlschlag der Aktion zugeben und die «vorläufige» Notwendigkeit des Kolchosmarktes zugeben. 1962 wurde er dann mit gewissen Einschränkungen wiederum offiziell gestattet (was praktisch nur eine Anerkennung der bestehenden Verhältnisse war, da sich weder Bauer noch Bevölkerung um das Verbot gekümmert hatten und die Versorgungslage ein energisches Eingreifen nicht zuliess).

Das Prager Experiment dürfte ähnlich enden.

Raubbau

Ein tschechoslowakischer Regierungsbeamter gab kürzlich über Radio Prag bekannt, dass zwischen 50 000 und 60 000 Stück Rinder und eine grössere Anzahl von Schweinen vorzeitig geschlachtet werden, um die Fleischversorgung des Landes in den kommenden Monaten zu verbessern.

Zweifellos sind die Fleischvorräte zu knapp, um die Nachfrage zu befriedigen. Die beabsichtigte Massenschlachtung stellt aber eine gefährliche Massnahme dar, weil dadurch zweifellos die Aufzucht des Viehbestands, der ohnehin zu klein ist, in Mitleidenschaft gezogen wird.

Normenänderungen

Unterdessen versucht die Sowjetunion, dem Problem der privatwirtschaftlichen Bauern auf andere Art entgegenzutreten.

In den Kolchosen ist die Arbeitsleistung in sogenannten Tagewerken festgelegt. Laut einer Regelung vom Jahr 1938 beträgt die Minimalleistung für Männer 180 Tagewerke und für Frauen 150 Tage pro Jahr. Nach der Auffassung zuständiger Stellen ist dieses Minimum bereits überholt und hemmt nur die landwirtschaftliche Produktion, denn ein Kolchosbauer kann diese 180 Tagewerke in drei Monaten erarbeiten. Die restliche Zeit widmet er seiner Nebenwirtschaft oder er «spekuliert», worunter in der kommunistischen Sprachregelung der nicht staatliche Handel zu verstehen ist. Ferner versuchen viele Bauern, ihre Tagewerke zu den Winterzeiten zu absolvieren, um sich dann in der grössten Arbeitszeit von der Gemeinschaftsarbeit entziehen zu können. Aus diesem Grund will man nun die gesamte Arbeitsleistung und auch die Normen der Kolchosbauern neu regeln.

Partei

SBZ

Bonzen statt Arbeiter

Im Zentralkomitee der SED, das seit dem 16. Juli 1958 und noch bis zum 18. Januar 1963 seine Funktionen ausübt, bestimmen ausschliesslich Funktionäre des Staats- und Parteiapparates. Von den 108 Mitgliedern, die das ZK zurzeit noch hat (gegenüber 111 auf dem V. Parteitag der SED im Juli 1958 gewählten Mitgliedern; für sieben zwischenzeitlich verstorbene Mitglieder und ein ausgeschlossenes Mitglied sind nur fünf bisherige Kandidaten zu Mitgliedern nachgewählt worden), sind 38 als Spitzenfunktionäre der staatlichen Organe, Regierung und ihre Institutionen auf zentraler und bezirklicher Ebene, tätig. 34 ZK-Mitglieder sind im hauptamtlichen Apparat der Partei tätig, vom Sekretariat des ZK bis zu den Betriebsparteiorganisationen. Spitzenfunktionäre der Wirtschaft, die letzten Endes ebenfalls als «Staatsfunktionäre» eingestuft werden können, gibt es zehn im Gremium der Mitglieder des ZK. 13 ZK-Mitglieder geben als ausgeübten Beruf «Funktionär in einer Massenorganisation» an, im FDGB, in der FDJ, der «Pionierorganisation», im Frauenbund, in der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe. Die «sozialistische Landwirtschaft» stellt fünf Mitglieder im ZK, ein ZK-Mitglied ist freischaffender Künstler, zwei sind als Angestellte künstlerischer Institute tätig, und zwei können als «Parteiveteranen» angesehen werden. Drei Mitglieder der «Partei der deutschen Arbeiterklasse» sind Arbeiter aus der materiellen Produktion.

Verschoben

Das vom ZK der SED angesetzte Thema der Parteimitgliederversammlung im Monat November «Das Programm des Sozialismus», das das Programm der SED für den VI. Parteitag ist, ist abgesetzt worden. Ursprünglich sollte das SED-Parteiprogramm in der Zeit zwischen dem 3. und 20. November in den Parteiversammlungen diskutiert werden. Ein Beschluss des Sekretariates des ZK sieht vor, dass das «Programm» in den Dezember-Mitgliederversammlungen behandelt werden muss.

Film

Ungarn

Viel herausgenommen

hat sich der namhafte ungarische Schriftsteller Peter Veres, als er in der Zeitschrift des Schriftstellerverbandes die ungarische Filmproduktion unter die Lupe nahm.

Dass er die Werke der Filmindustrie ihrer schlechten Gestaltung wegen «verriss», war noch das wenigste. Erstaunlich kräftig und politisch wird er aber dort, wo er den Inhalt angreift, einen Inhalt, der seine parteipolitische Erziehungsfunktion haben sollte. Man vernehme:

«Der Bauer wird im Film als raffgierig und geizig dargestellt. Dabei ist er eben doch nicht so dumm, dass er sich ausgerechnet in den Tagen der Kollektivierung neue Arbeitsgeräte anschaffen würde... Was haben die Bauern nicht alles unternommen, um den bittern Kelch (der Kollektivierung) nicht austrinken zu müssen! Und was haben die Agitatoren damals alles versucht, die Bauern zu zwingen...! Kein Wunder, dass damals wenig gegessen und um so mehr getrunken wurde...»

Und Veres kommt zu folgenden Schlussfolgerungen:

«1. Es ist fraglich, ob die Vorfälle der Kollektivierung mit allen Aufwallungen schon so sehr in Vergessenheit geraten sind, dass man sie ‚humoristisch-satirisch' heraufbeschwören darf.

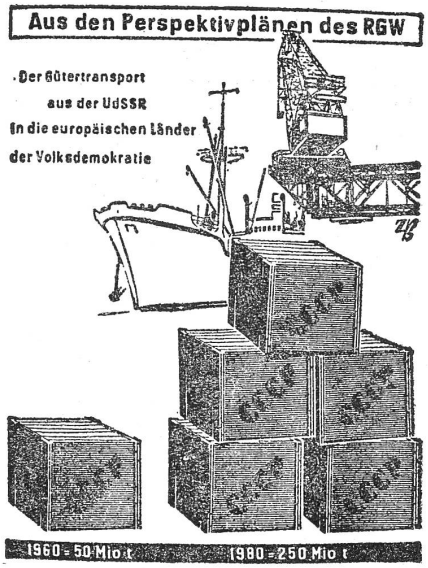
2. Ich bin als Heide bekannt, erlaube mir aber dennoch die Bemerkung: Ist es richtig und nötig, die kirchliche Liturgie so ausschweifend zu parodieren, wie es in diesen Filmen geschieht? Der grösste Teil der Zuschauer hat doch heute noch eine lebendige religiöse Ueberzeugung.»

Ein solcher Ton ist in Ungarn wieder möglich geworden, seitdem Kadar den Volksgefühlen durch eine relative Freiheit der Meinungsäusserung wieder halbwegs ein Ventil geöffnet hat. Sein Regime darf freilich nicht angegriffen werden, ebenso wie die Prinzipien des kommunistischen Systems. Aber die Ungarn machen von der Möglichkeit bis zur Unvorsichtigkeit Gebrauch, die Kritik am verdammten Stalinismus umfassend genug zu gestalten, um auch Erscheinungen des nicht spezifisch stalinistischen Systems zu brandmarken.

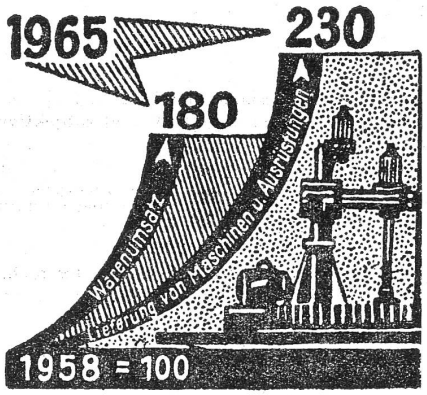
An sich könnte die Schraube schon morgen wieder angezogen werden. Kadar wird zwar auf dem Parteikongress, der gestern in Budapest eröffnet wurde, wohl Unterstützung für seinen gemässigten Kurs finden, und für seine Losung zur Zusammenarbeit mit den Parteilosen noch dem Motto: Wer nicht gegen uns ist, ist für uns. Die wirtschaftliche Lage, die besser ist als etwa im benachbarten Bulgarien, scheint eine anhaltende liberale Linie ebenfalls zu gewährleisten.

Aber anderseits sind immer noch Sondergesetze in Kraft, die ein plötzliches brutales Vorgehen gegen die Bevölkerung jederzeit unter dem Deckmantel der Legalität ermöglichen würden. Und bei einem Kurswechsel hätten jene zu bezahlen, welche sich der gegenwärtigen relativen Ausdrucksfreiheit anscheinend so unbeschwert bedienen.

Unter dem Kommunismus ist selbst ein kleiner Teil dessen, was wir unter freier Meinungsäusserung verstehen, ein Wagnis.



Ob der Perspektivplan die Preise der sowjetischen Güter für die Satelliten auch höher veranschlagt als für für den Westen? (Zeichnung «Junge Welt», Ostberlin.)



Die Entwicklung des Warenumsatzes zwischen den Comecon-Staaten. («Sozialistische Demokratie», Ostberlin.)

Handel

Comecon

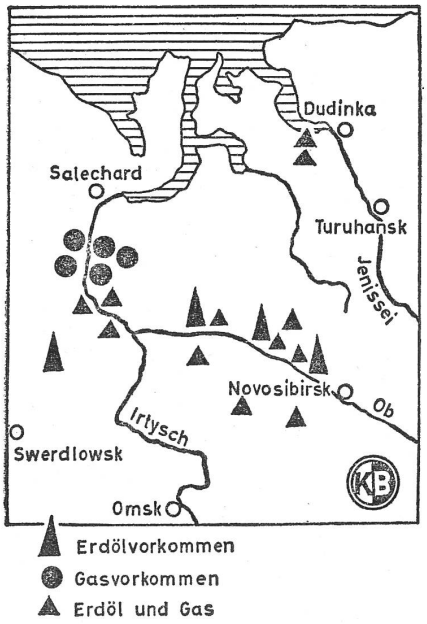
Wer diskriminiert wen?

Die EWG, so betont die kommunistische Presse immer wieder, diskriminiert als aggressives Instrument des westlichen Monopolkapitalismus und Imperialismus die «sozialistischen» Staaten.

Aber wer diskriminiert tatsächlich die «sozialistischen» Staaten? Niemand anders als der grosse Freund und Bruder, die Sowjetunion. Und zwar auf ganz flagrante Weise. Das ist keine westliche Verleumdung, sondern das eindeutige Ergebnis aus offiziellen sowjetischen Quellen.

Die Comecon-Staaten zahlen im Durchschnitt für sowjetisches Rohöl zweieinhalbmal mehr als die EWG-Staaten und andere kapitalistische Länder.

Die in der letzten KB-Nummer bereits erwähnte Aussenhandelsstastik für 1961 des sowjetischen Aussenhandelsministeriums enthält folgende Angaben zum Oelexport: (Erste Kolonne Menge in 1000 Tonnen, zweite Kolonne Zahlung in 1000 Rubel, dritte Kolonne Durchschnittspreis pro Tonne in Rubel):



Um ihren Erdölexport forcieren zu können, stellt die Sowjetunion in zunehmendem Masse für internen Gebrauch auf andere Brennstoffe um. Erstrangige Bedeutung erhält dabei das Erdgas, wobei in der Industrie zurzeit die Erdgasheizung auch die Kohlenheizung ablöst. Bereits arbeiten 70 Hochöfen mit Gas. Nach neuen Forschungsergebnissen sollen zirka 40 Prozent des Kokses mit Erdgas ersetzbar sein. Die wichtigsten Erdgasvorkommen befinden sich in Zentralasien, im Nordural, in der West- und Ostukraine, in der Jakutischen ASSR und neuerdings auch in Ostsibirien. Die reichsten Funde liegen in Zentralasien. Die Hauptleitungen bestehen aus Rohren mit einem Durchmesser von 1000 Millimetern, jene zwischen Buchara und dem Uralgebiet sogar von einem Durchmesser von 1020 Millimetern.

Belgien	19,0	165	8,68
Italien	5 513,8	47 329	8,58
Bundesrepublik	1 572,3	13 182	8,38
Frankreich	108,7	1 084	9,97
Japan	2 234,4	18 549	8,31
(Diese Staaten zahlen im Durchschnitt 8,78 Rubel pro Tonne.)			
Ungarn	1 376,8	27 562	20,01
SBZ	2 077,4	35 725	17,19
Polen	730,0	15 236	22,26
CSSR	2 845,1	59 327	21,17
Mongolei	24,3	558	22,96
(Diese Staaten zahlen im Durchschnitt 20,71 Rubel pro Tonne.)			

Auffällig ist nebenbei, dass Oesterreich, das bereits einem nennenswerten kommunistischen Wirtschaftsdruck ausgesetzt ist, von den westlichen Staaten den höchsten Preis (14,10 Rubel pro Tonne) entrichten muss. Immerhin ist er immer noch weit unter dem günstigsten Tarif für die Comecon-Partner.

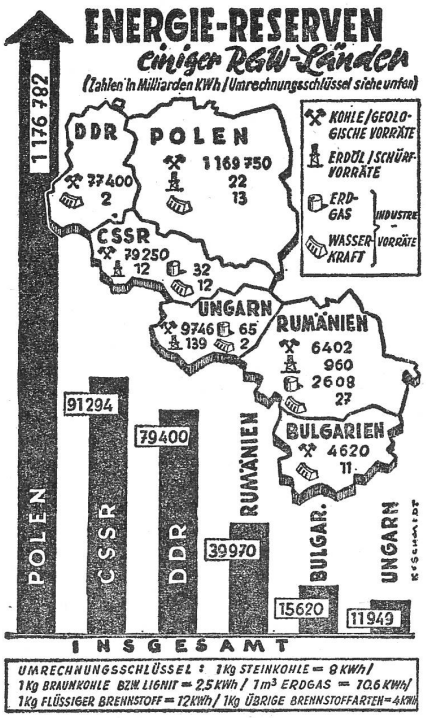
Ein ähnliches Bild lässt sich auch bei den sowjetischen Weizenexporten beobachten, wo die westlichen Handelspartner ebenfalls eine deutliche Vorzugsstellung geniessen.

Die Statuten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (Comecon) bestimmen schon in ihrem ersten Artikel (Absatz 2) als Grundlagen der Organisation die «souveräne Gleichheit aller Mitgliedstaaten», ferner die Achtung der «nationalen Interessen, des gegenseitigen Vorteils und der gegenseitigen kameradschaftlichen Hilfe». Was die Sowjetunion praktisch darunter versteht, zeigt sie mit ihrer Preispolitik. Hochwertige westliche Devisen und die politisch gelenkte Erdöloffensive sind wichtiger als alle Grundsätze der sozialistischen Partnerschaft.

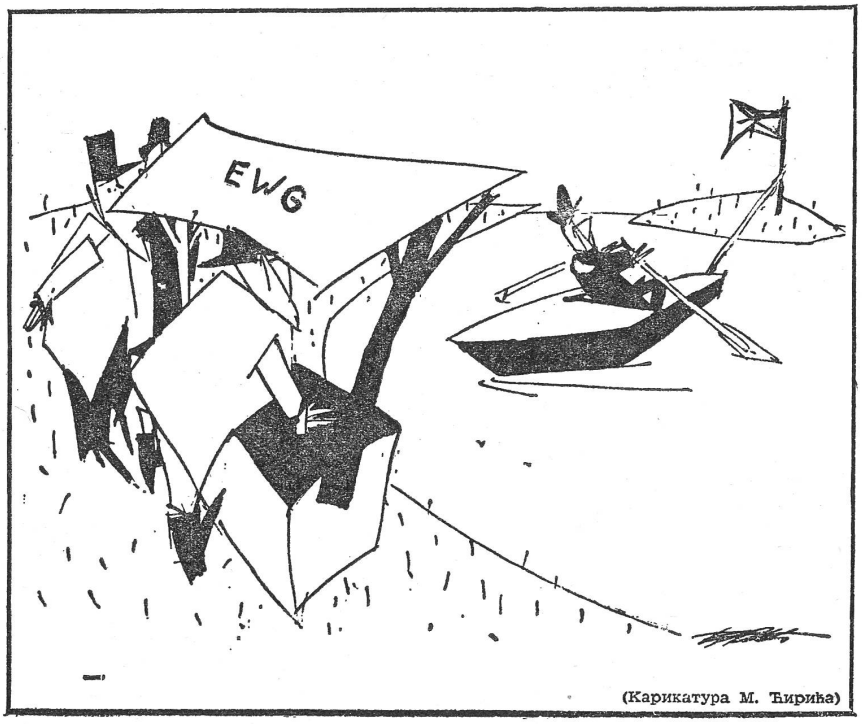
Immerhin sind die Volksdemokratien aufzufordern, ihre Empörung über EWG-Diskriminierungen mit Empörung über die UdSSR-Diskriminierung zu ergänzen.

Was man unter diesen Umständen besser versteht, ist das Misstrauen der kommunistischen Satelliten gegenüber der an sich plausiblen Produktionskoordination im Comecon-Rahmen (siehe auch KB Nr. 46). Wie berechtigt solches Misstrauen sein kann, erfuhr neuestens Polen, das doch gerade zu den theoretischen Initianten der Produktionsaufteilung gehört: So erhielt es die Aufgabe, in Niederschlesien weitere Braunkohlenlager zu erschliessen und die Förderung der Kupferminen zu steigern. Dadurch soll der dringendste Rohstoffbedarf der Partnerländer des Ostblocks befriedigt werden.

Bergbauinvestitionen aber sind kostspielig und langwierig. Sie rentieren sich erst in Jahrzehnten. Polen hat deshalb bei den Ländern im Comecon um Kredite nachgesucht, die an den polnischen Rohstoffen interessiert sind. Nach langem Drängen erhielt Polen Zusagen von der Sowjetunion, von der Tschechoslowakei und — ausgerechnet — von der Sowjetzone Deutschlands. Insgesamt wurden 350 Millionen Dollar versprochen. Das ist weniger als die Wirtschaftshilfe, die Polen von den USA gewährt wird, und weniger als ein Prozent der Mittel, die Polen auf Beschluss der Comecon bis 1965 für Investitionen aufbringen muss — nämlich 145 Milliarden Dollar. Kein Wunder, dass die Polen über ihre rohstoffhungrigen aber kreditunwilligen Comecon-Partner verschnupft sind.



Die «sozialistischen Staaten» des Rates für Gemeinsame Wirtschaftshilfe (RGW = Comecon) tun gut daran, ihre Energiereserven nach ihrem eigenen nationalen Interesse zu nutzen. Denn die Einfuhr von Energie aus einem RGW-Partnerland kann ihnen teurer zu stehen kommen als einem «kapitalistischen» Staat.



Macmillan versucht England an die EWG-Küste zu rudern. Wohl eine der besten Karikaturideen zum Thema «Grossbritannien und der Gemeinsame Markt». Die Zeichnung erschien in der «Borba» (Belgrad) vom 14. Oktober.